

CDU-Gemeinderatsfraktion  
Rathaus Stuttgart  
Marktplatz 1  
70173 Stuttgart

Vorab per E-Mail

**Fachbereich 2  
Ver- und Entsorgung**

**Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft**

**Landesbezirk  
Baden-Württemberg**

Königstraße 10 a  
70173 Stuttgart

**Bodo Moray**  
Landesfachbereichsleiter

Telefon: 0711/88788-7  
Durchwahl: -0200  
Telefax: -0209

bodo.moray@verdi.de  
www.verdi.de

Datum  
Ihre Zeichen  
Unsere Zeichen

24. Mai 2011  
  
mo/ma

### ***Beschlussfassung zur Gründung eines Stadtwerkes der Stadt Stuttgart***

Sehr geehrter Herr Stadtrat Kotz,  
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,

am 26.05.2011 befassen Sie sich mit der Beschlussfassung zur Gründung eines eigenen Stadtwerkes für Ihre Stadt. Eine solche Entscheidung hat sehr weitreichende Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des EnBW-Konzerns. Diese Entscheidung lehnen wir aus grundsätzlichen Überlegungen ab und möchten unsere ablehnende Haltung nachfolgend begründen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Beschäftigten Ihre Entscheidungen letztlich akzeptieren und tragen müssen.

Die Beschäftigten der Gesellschaften des EnBW-Konzerns haben große Sorge bezüglich ihrer Arbeitsplätze und ihrer Einkommenssicherheit. Ferner sind die Beschäftigten und der ver.di Landesbezirksfachbereich Ver- und Entsorgung der Auffassung, dass sich durch die geänderten Beteiligungsverhältnisse im Konzern die Rahmenbedingungen wesentlich geändert haben. So befinden sich derzeit über 98% der Konzern-Aktien im Besitz der öffentlichen Hand. Es kann nicht sein, dass vor diesem Hintergrund die wirtschaftlich tragenden Teile des Konzerns herausgelöst werden und die eher gemeinwohlorientierten und somit nicht immer kostendeckenden Unternehmensteile im Konzern verbleiben und letztlich somit alle Beteiligten dieses Prozesses die wirtschaftlichen Nachteile tragen müssten. Mit einer solchen Politik wäre weder dem Land Baden-Württemberg, noch den Landkreisen oder der Stadt Stuttgart gedient. Am härtesten wären allerdings die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von einer solchen Politik betroffen, da sie letztlich damit rechnen müssten, ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Deshalb hat der ver.di Landesbezirksfachbereich beschlossen, dieses Thema stärker in den Focus der öffentlichen Diskussion einzubringen. Es geht nicht nur um die Energieproduktion, Verteilung, Handel und deren Vertrieb, sondern es geht uns in erster Linie auch um die Menschen, die bereits über viele Jahre für ihre Stadt Stuttgart und deren Umlandregionen diese Arbeitsleistung sehr zuverlässig und qualitativ sehr hochwertig erbringen.

Aus zuvor genannten Gründen rufen wir anlässlich Ihrer Beratungen am 26.05.2011 um 15.00 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Rathaus auf.

Unser Demonstrationsaufruf erfolgt deshalb, weil eine Energiewende mit den Beschäftigten auch ohne Gründung eines eigenen Stadtwerkes Stuttgart möglich ist. Dies könnte erreicht werden, wenn das Aktionariat der öffentlichen Hand gemeinsam mit der Landeshauptstadt Stuttgart ein energiepolitisches Konsensmodell erarbeiten.

Dieses energiepolitische Konsensmodell muss nachfolgende Positionen berücksichtigen:

- Es ist zwingend erforderlich, dass die Beschäftigten und ihr Konzern in diesen Entscheidungsprozesse eingebunden werden.
- Dieses energiepolitische Konsensmodell darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Es muss vielmehr die berechtigten Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausreichend berücksichtigen.
- Wir bitten Sie vor Ihrer Beschlussfassung zu bedenken, dass Ihre Entscheidung weitreichende Konsequenzen für die Energieversorgung des Landes Baden-Württemberg hat.

Unseres Erachtens ist es falsch zu glauben, dass Entscheidungen, die vor rund 10 Jahren mit dem Verkauf der Energie- und Wasserversorgung getroffen wurden, einfach zurück geholt werden können. Wir haben damals die falsche Entscheidung sehr kritisch begleitet und haben mit unserer Kritik recht behalten. Allerdings ist die Zeit nicht stehen geblieben, und zahlreiche Umfeldbedingungen haben sich ganz wesentlich verändert, so dass es dieses „Zurück“ unter den bestehenden energiepolitischen Rahmenbedingungen nicht mehr geben kann. Wir wollen nicht ein zweites Mal auf diese Art recht behalten, deshalb bitten wir Sie, uns und unsere Sichtweise bei Ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, wir bitten Sie, die Beschäftigten und deren Vertreter in Ihre zukünftigen Entscheidungsprozesse einzubinden.

Für einen solchen Dialog stehen wir den Fraktionen des Gemeinderates jederzeit zur Verfügung.

Im Interesse eines gemeinsamen „energiepolitischen Konsensmodells mit den Menschen und für die Menschen nicht gegen uns sondern mit uns“

verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Bodo Moray  
Landesfachbezirksbereichsleiter

Abschriften:

An die Gemeinderatsfraktionen der  
SPD  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
FDP  
Freien Wähler  
SÖS und LINKE